



TIBET – DAS STILLE DRAMA AUF DEM DACH DER WELT

Über 1.2 Millionen Tibeter sind als direkte Folge der chinesischen Besetzung bisher umgekommen. Zirka 6000 Klöster, Tempel und historische Bauten – einst Zentren tibetischer Kultur und Geistlichkeit – sind geplündert, geschleift und deren unersetzbare religiösen Kunstschätze und Bibliotheken vernichtet worden. Verhaftungen und Hinrichtungen finden noch heute statt. Die Welt hat weggeschaut, seit das stille Drama auf dem Dach der Welt im Jahr 1949 begann.

In Berichten der «Internationalen Juristenkommission» von 1959 und 1960 wurden der militärische Einfall und das Vorgehen Chinas in Tibet als völkerrechtswidriger Akt definiert und China vorgeworfen, es begehe systematisch und vorsätzlich Akte des Völkermordes. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilte in den Jahren 1959, 1961 und 1965 die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Tibet, sprach sich 1961 ausdrücklich und 1965 indirekt für das Recht des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung aus und gab dabei «der Hoffnung Ausdruck, dass die Mitgliedsstaaten alle nur möglichen Anstrengungen machen werden, die geeignet sind, die Ziele der vorliegenden Resolutionen zu verwirklichen.» Von diesen Bemühungen ist bis heute nichts zu sehen. Staats- und Regierungsoberhäupter der demokratischen Staaten beschränken sich – wenn überhaupt noch – auf mahnende Worte gegenüber der chinesischen Regierung und fügen sich ansonsten ihren Drohungen, vom Zugang zum boomenden chinesischen Markt ausgeschlossen zu werden.

DIE BESETZUNG UND IHRE FOLGEN

1949 Tibet wird durch Truppen der Volksrepublik China gewaltsam und völkerrechtswidrig besetzt. Die tibetische Regierung appelliert vergeblich an die Vereinten Nationen. Diese vertagte die Diskussion und äusserte lediglich die «Hoffnung», Tibet und China mögen sich friedlich einigen.

1950 Seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama übernimmt im Alter von etwa 15 Jahren vorzeitig die Regierungsverantwortung.

1951 Eine Delegation der tibetischen Regierung wird in Peking unter Gewaltdrohungen zur Unterzeichnung des sogenannten 17-Punkte-Abkommens gezwungen. Dieses Abkommen akzeptiert die Zugehörigkeit Tibets zu China, stellt aber die innenpolitische Autonomie Tibets sowie die Religionsfreiheit in Aussicht und sichert zu, dass das bestehende politische und religiöse System unter dem Dalai Lama nicht angetastet wird. Aber selbst an dieses Abkommen hielt sich China nie.



Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF)

Binzstrasse 15 | CH-8045 Zürich | T 044 451 38 38
buero@gstf.org | gstf.org

Postkonto 80-58056-6 | IBAN CH41 0900 0000 8005 8056 6





FACTSHEET #1 // GESELLSCHAFT SCHWEIZERISCH-TIBETISCHE FREUNDSCHAFT (GSTF)

1956 Die zunehmende chinesische Unterdrückung löst eine tibetische Widerstandsbewegung aus, die sich vom Osten her über das ganze Land ausweitet.

1959 Die Widerstandsbewegung erreicht ihren Höhepunkt mit dem offenen Volksaufstand in Lhasa gegen die chinesische Fremdherrschaft. Mit dem Dalai Lama flüchten 90 000 Tibeter ins Exil. Etwa ebenso viele Tibeter sterben in Lhasa während der blutigen Niederschlagung des Aufstandes. Im Exil bildet seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama 1960 eine tibetische Exilregierung und verkündet

1963 eine demokratische Verfassung für Tibet.

1966-1976 Die «Kulturrevolution» wütet besonders brutal in Tibet mit politischer Verfolgung, Religionsverbot und systematischer Zerstörung der tibetischen Kultur. Hunderttausende von Tibetern werden in Zwangsarbeitslager verschleppt oder ins Exil vertrieben. Durch gezielte Überfremdung Tibets mit chinesischen Einwanderern wird das tibetische Volk wirtschaftlich und gesellschaftlich zu einer unbedeutenden und rechtslosen Minderheit im eigenen Land reduziert. Bereits heute leben 8 Millionen Chinesen in Gesamt Tibet im Vergleich zu 6 Millionen Tibetern. Die Eröffnung der Eisenbahnlinie nach Lhasa im Jahre 2006 beschleunigte nochmals den Zustrom. Eine Region des Friedens und der Gewaltfreiheit ist zu einem riesigen Militärlager mit etwa 300 000 chinesischen Soldaten, Atomwaffen und Militärflugplätzen verwandelt worden.

1979 China leitet eine beschränkte wirtschaftliche und kulturelle Liberalisierung in Tibet ein. Der Dalai Lama entsendet die erste Untersuchungskommission nach Tibet, welche, sehr zum Ärger Chinas, von der Bevölkerung stürmisch begrüsst wird. Insgesamt untersuchen vier Untersuchungskommissionen Tibet und bringen erschütternde Bilddokumente und Berichte zurück, anstatt das von China erhoffte Bild der sogenannten «friedlichen Befreiung Tibets» zu zeichnen.

1987 Zum ersten Mal seit 1959/60 ereignen sich wieder Demonstrationen gegen die chinesische Besatzungsmacht, dieses Mal unter den Augen ausländischer Touristen und Journalisten. Die Demonstrationen werden mit massivem Militäreinsatz blutig niedergeschlagen. Der Dalai Lama schlägt seinen Fünf-Punkte-Friedensplan vor:

- Umwandlung von ganz Tibet, einschliesslich der östlichen tibetischen Provinzen Kham und Amdo, die in chinesische Provinzen inkorporiert wurden, in eine Zone des Ahimsa (Gewaltlosigkeit);
- Aufgabe der chinesischen Politik der Bevölkerungsumsiedlungen,
- Achtung der grundlegenden Menschenrechte und der demokratischen und religiösen Freiheiten des tibetischen Volkes;



Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF)

Binzstrasse 15 | CH-8045 Zürich | T 044 451 38 38
buero@gstf.org | gstf.org

Postkonto 80-58056-6 | IBAN CH41 0900 0000 8005 8056 6





FACTSHEET #1 // GESELLSCHAFT SCHWEIZERISCH-TIBETISCHE FREUNDSCHAFT (GSTF)

- Schutz der Umwelt Tibets
- Aufnahme ernsthafter Verhandlungen über den künftigen Status Tibets und die Beziehungen zwischen dem tibetischen und dem chinesischen Volk.

Zusätzlich schlägt der Dalai Lama erstmals den Verzicht auf die vollständige politische Unabhängigkeit Tibets vor, sofern Tibet in seinen historischen Grenzen »genuine“ Autonomie hinsichtlich aller internen und religiösen Angelegenheiten gewährt würde. China könne dagegen Tibet in der Aussen- und Verteidigungspolitik vertreten.

1988 Am internationalen Tag der Menschenrechte werden in der tibetischen Hauptstadt Lhasa Demonstrationen gegen die chinesische Herrschaft blutig niedergeschlagen. Dabei wird ohne Vorwarnung auf die Demonstranten geschossen. Es kommen mindestens 18 Tibeter ums Leben. Anfang Oktober desselben Jahres werden 42 Mönche verhaftet und gefoltert.

1989 Demonstrationen für die Unabhängigkeit Tibets werden von den Chinesen gewaltsam und mit Kriegsrecht niedergeschlagen. Nach Augenzeugenberichten werden mehrere hundert Tibeter niedergeschossen, darunter auch Kinder und Jugendliche. S.H. dem 14. Dalai Lama wird in Anerkennung seiner unermüdlichen Bemühungen um Völkerverständigung und eine gewaltfreie Lösung des Tibet-Problems der Friedensnobelpreis verliehen.

1991/1992 Die neue tibetische Exilverfassung wird vom tibetischen Parlament im Exil verabschiedet. S.H. der 14. Dalai Lama gibt die Richtlinien für die Regierungsform des zukünftigen freien Tibets und die Grundzüge seiner Verfassung heraus. Die tibetische Judikative im Exil wird in Kraft gesetzt.

1995 S.H. der 14. Dalai Lama anerkennt den jungen Knaben Gendhun Choekkyi Nyima als die Wiedergeburt des verstorbenen Panchen Lama. Kurz nach der Anerkennung werden der Knabe und seine Familie von den chinesischen Behörden entführt und an einem unbekanntem Ort unter Hausarrest gestellt. Von ihnen fehlt bis heute jede Spur. Gesuche von ausländischen Journalisten und Politikern, den Panchen Lama zu besuchen, werden sämtlich abgelehnt, weil dieser «nicht gestört werden» möchte. China setzt noch 1995 einen anderen Knaben als den Panchen Lama ein, der aber von den Tibetern nicht akzeptiert wird.

2000 Der junge 17. Gyalwa Karmapa flieht aus Tibet nach Indien, um in Freiheit seinen buddhistischen Studien nachgehen zu können.

2001 Zum ersten Mal wird auf Veranlassung des Dalai Lama der Premierminister der Tibetischen Regierung im Exil nicht mehr ernannt, sondern von den tibetischen Wahlberechtigten direkt gewählt. Dieser schlägt dann dem Exilparlament die Minister (Kalons) zur Wahl vor.



Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF)

Binzstrasse 15 | CH-8045 Zürich | T 044 451 38 38
buero@gstf.org | gstf.org

Postkonto 80-58056-6 | IBAN CH41 0900 0000 8005 8056 6





FACTSHEET #1 // GESELLSCHAFT SCHWEIZERISCH-TIBETISCHE FREUNDSCHAFT (GSTF)

2002 Sondergesandte des Dalai Lama reisen zu insgesamt 9 Dialogrunden nach China, um mit Vertretern Chinas Wege zur Lösung des Tibet-Konflikts zu finden. Wegen des Ausbleibens von konkreten Fortschritten treten beide 2012 zurück. Kurz darauf gibt der Leiter der chinesischen Delegation zu, dass seine Regierung nie ein ernsthaftes Interesse an Verhandlungen hatte.

2008 Zum Jahrestag des tibetischen Volksaufstandes von 1959 eskalieren Demonstrationen in Lhasa. Chinesische Geschäfte gehen in Flammen auf. Militär schießt auf tibetische Demonstranten. Sowohl unter Chinesen wie unter Tibetern gibt es Todesopfer. Die Proteste breiten sich über ganz Tibet aus. China reagiert überall mit der Entsendung von weiteren Sicherheitskräften und militärischer Gewalt. Seitdem wird Tibet systematisch mit einem engmaschigen Netz von militärischer, politischer und sozialer Kontrolle überzogen mit dem Ziel, alle Lebensbereiche der Tibeter zu überwachen. Willkürliche Verhaftungen betreffen nicht nur Mönche und Nonnen, sondern auch Intellektuelle, Künstler und Musiker. Die Tibeter bezeichnen die Periode seit 2008, die bis heute anhält, als die schlimmste Zeit seit der Kulturrevolution.

2009 Im Februar setzt sich ein junger Mönch aus dem Kloster Kirti in der osttibetischen Region Ngaba aus Protest gegen die Einschränkung der religiösen Freiheiten in Brand. Mit der zweiten Selbstverbrennung im März 2011 am gleichen Ort kommt in Tibet eine Welle weiterer Selbstverbrennungen in Gang. Bis heute haben sich insgesamt 143 Tibeterinnen und Tibeter, sowohl Mönche als auch Laien, in Brand gesetzt; 115 von ihnen starben.

2011 Der Dalai Lama gibt alle politischen Ämter ab, die ihm nach der tibetischen Verfassung im Exil zustehen. Er beschränkt sich seitdem auf seine religiöse Rolle.

2014 Die chinesische Regierung verkündet, dass etwa 90% aller tibetischen Nomaden sesshaft gemacht wurden. Offiziell mit ökologischen Gründen gerechtfertigt, schafft die zwangsweise Umsiedlung Platz für den Abbau von Bodenschätzen auf deren ehemaligem Weideland, erlaubt eine stärkere soziale Kontrolle der Nomadengemeinschaften und beraubt die Nomaden ihrer Lebensgrundlage.

2015 Als Reaktion auf das offensichtliche Scheitern von jeglicher «politischer Umerziehung» in der jüngsten Zeit verkünden die Behörden lediglich noch mehr Verbote, Bestimmungen und Straftatbestände, die teils mit drastischen Strafandrohungen verfolgt werden. Präfekturen und Bezirke erlassen teils eigene, detaillierte Bestimmungen, wie sich Tibeter zu verhalten hätten. Interessanterweise geschieht dieses überwiegend in Regionen ausserhalb der zentralen «Autonomen Region Tibet», der ehemaligen tibetischen Provinz Ü Tsang. Dort ist das Leben seit langem vergleichsweise strenger reglementiert als in den ehemaligen tibetischen Provinzen Amdo und Kham.



Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF)

Binzstrasse 15 | CH-8045 Zürich | T 044 451 38 38
buero@gstf.org | gstf.org

Postkonto 80-58056-6 | IBAN CH41 0900 0000 8005 8056 6

